

Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung
 Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
 und das obere Enztal

Scheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1,20 RM frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im Inlande monatlich 1,60 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Streifen zu 50 bei der Übernahmestelle Rosenbürg Wildbad. — Postkonto: Postamt Wildbad. — Postfachkonto 20174 Stuttgart
 Anzeigenpreise: Im Anzeigenteil die einseitige 10 mm breite Millimeterzeile 1 Pf., Familien-Anzeigen, Vereinsanzeigen, Stellenangebote 1/2 Pf.; im Textteil die 90 mm breite Millimeterzeile 12 Pf. — Rabatt nach vorgeschriebenen Tanti. — Schluss der Anzeigenannahme: Freitag 9 Uhr vormittags. — In Kontraktfällen aber wenn gerichtliche Beiziehung notwendig wird, kann jede Nachbesserung weg.
 Druck, Verlag u. Vertrieb: Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wildbadstr. 28. Tel. 479. — Wohnung: Villa Hubertus

Nach Südosten

Die Kleine Entente rüstet sich zur Belgrader Tagung
 In der Verhandlungspause, die für die großen europäischen Angelegenheiten durch die Vertagung des Völkerbunds bis zum 11. Mai eingetreten ist, rückt der Südosten vorübergehend wieder stärker in das Blickfeld. Sir Austin Chamberlain sondiert das Gelände im Donauraum daraufhin, wie weit es für die englische Politik etwa empfehlenswert ist, sich dort stärker einzuziehen, und am 4. Mai werden in Belgrad sowohl die Kleine Entente wie die Balkanentente zu den jätigen Rats tagungen zusammenzutreten.
 Die diplomatischen Vertreter der drei Staaten der Kleinen Entente haben Anfang April in Wien gleichlautende Noten überreicht, in denen sie gegen die Einführung der Bundesdienstpflicht in Oesterreich, als in Widerspruch zu den Bestimmungen des Vertrages von St. Germain stehend, protestieren. Man hat in Wien diese Noten sehr kühl aufgenommen und der Presse gegenüber zum Ausdruck gebracht, daß man nicht die Absicht habe, darauf zu antworten. Wenn die Kleine Entente also damit gerechnet haben sollte, jetzt in Belgrad auf Grund einer erwarteten Antwort über die Frage weiter zu diskutieren und, wie es in ihren Noten heißt, „hinichtlich aller zur Wahrung ihrer Interessen zu ergreifenden Maßnahmen sich zu äußern“, so wird sie sich einem Ratium gegenübersehen. Man rechnet in Wien offenbar auch gar nicht mehr damit, daß die Kleine Entente noch einmal ernstlich an die Angelegenheit zurückkommt.
 Wie weit im übrigen das Thema Oesterreich Gegenstand der Beratungen in Belgrad sein wird, hängt wohl mit davon ab, was über die Reise Chamberlains in den beteiligten Hauptstädten noch bekannt werden sollte. England im Donauraum würde einen neuen Faktor bedeuten, mit dem man bisher nicht zu rechnen brauchte. Dadurch würden unter Umständen die politischen Betrachtungen, die in Belgrad aktuell werden, eine neue Note bekommen. Es ist kein Geheimnis, daß die bisherige Ausrichtung der Kleinen Entente auf die von Frankreich auch im Donauraum beanspruchte Führung innerhalb des Kreises der drei Staaten nicht mehr ganz unangefochten ist. Wenn Paris sich bisher darauf verließ, im Völkerbunde und wo es sonst darauf ankam, auf die Gefolgschaft der Kleinen Entente unbedingt rechnen zu können, so hat diese Überzeugung schon Mitte März einen empfindlichen Stoß erlitten. Damals war von Paris aus die Nachricht verbreitet worden, eine unter dem Vorhitz Titulescus abgehaltene Konferenz der Vertreter der Kleinen Entente und der Balkanentente hätten ohne jeden Vorbehalt die Politik gebilligt, welche die französische Regierung in der Angelegenheit der Rheinlandbeziehung einzuschlagen beabsichtige. Hier sollte also der Eindruck erweckt werden, daß eine feste geschlossene Front Frankreichs mit den Südoststaaten bestehe. Jugoslawien, die Türkei und Griechenland beifolten sich damals, diese Nachricht durch die amtlichen Agenturen sofort dementieren zu lassen. Das war auffällig und verriet die Absicht, von der vorliegenden Festlegung auf den französischen Standpunkt vernehmbar abzurücken.

In Paris hat man das mit einiger Verlegenheit und Betrübnis wahrgenommen, wie man neuerdings überhaupt kein Hehl daraus macht, daß die Haltung einiger Staaten der Kleinen Entente enttäuscht. Man glaubt namentlich Ursache zu haben, in Jugoslawien eine Emanzipation von der französischen Führung feststellen zu müssen. Dabei wird in der französischen Presse darauf hingewiesen, daß die wirtschaftlichen Interessen Jugoslawiens immer stärker nach Deutschland zielten, während von französischer Seite kaum ernste Anstrengungen gemacht würden, um die jugoslawische Wirtschaft zu gewinnen.
 In der Kleinen Entente beobachtet man aber selbstverständlich auch sehr eifrig die politische Rolle, die Italien im Donauraume spielt, und die jüngste Erneuerung und Erweiterung der römischen Protokolle, die den Einfluß Italiens in Oesterreich und Ungarn zu festigen bestimmen sind, ist namentlich in Prag und Belgrad nicht ohne Eindruck geblieben. Dazu kommt die Demonstration des polnischen Interesses an Ungarn und gewissen damit zusammenhängenden Fragen des Donauraums, wie sie eben durch den Besuch Kosciakowski in Budapest erfolgt. Die Linie, die von Italien über Oesterreich und Ungarn nach Polen führt, und die durchaus durch gewisse gemeinsame Belange gestützt wird, wird in den Staaten der Kleinen Entente mit lebhafter Aufmerksamkeit verfolgt, und man darf vielleicht annehmen, daß die politischen Ausstrahlungen, die von dieser sich vollziehenden Gruppierung ausgehen, das Hauptgesprächsthema in Belgrad sein werden. Dabei wird es darauf ankommen, ob die Richtung Titulescus sich durchsetzt, die die umso stärkere Anlehnung an Frankreich empfiehlt, oder Strömungen, wie sie in Jugoslawien auftreten und auch in der Tschechoslowakei nicht fremd sind, die auf die Betonung größerer Unabhängigkeit des Donauraums hinauswollen.

Freiplätze zu Ehren des Führers

Ein Aufruf deutscher Verbandsführer
 NSR. Anlässlich des 47. Geburtstages des Führers haben im Anschluss an den bereits veröffentlichten Aufruf des Hauptamtsleiters Hilgenfeldt und der Protoktoren der Hitler-Freiplatz-Spende der Reichsfremdenverkehrsverband, die Wirtschaftsgruppe Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe, der Reichskriegerbund „Krieffhäuser“, die NS-Kriegsopferversorgung, der NS-Lehrerbund, der Reichsbund der Deutschen Beamten, die Technische Nothilfe, der Reichsbund für Leibesübungen, der Reichsverband des Deutschen Handwerks, das Deutsche Rote Kreuz, der Zentralausschuss für die Innere Mission, der Deutsche Caritas-Verband und der Hilfsbund der Deutsch-Oesterreicher folgenden Aufruf zur Stiftung von Freiplätzen erlassen:
 „An die Mitglieder unserer Verbände und Körperschaften! Wieder ruft die NSB auf, die „Hitler-Freiplatz-Spende“, das im Jahre 1933 begonnene Werk zu Ehren des Führers, für seine braunen Kämpfer weiterzuführen. Es ist Pflicht jedes Volksgenossen, aus Dankbarkeit seine Opferbereitschaft denen zu bezeugen, die Leben und Gesundheit in die Schanze geschlagen haben. Die Wunden, die der Kampf ums Dritte Reich schlug, sind noch nicht verheilt, die Folgen jahrelanger Arbeitslosigkeit sind an Körper und Seele nicht spurlos vorübergegangen. Es harren viele Tausende SA., SS., NSKK-Männer, Mitglieder der Partei und Hitlerjugend, sowie Zehntausende Volksgenossen der Wiederherstellung ihrer Gesundheit und Schaffenskraft und begehren dringend der Erholung. Wir wollen ihr Opfer anerkennen und sie in unser gastliches Haus einladen: aus Nord, Süd, Ost und West, aus Stadt und Land; so fördern wir in Volksgemeinschaft die Volksgemeinschaft. Es ergeht an unsere Mitglieder der Ruf, sich auch im Jahre 1936 für die „Hitler-Freiplatz-Spende“ einzusetzen. Jeder, der dazu in der Lage ist, lege Hand ans Werk und stifte einen Freiplatz. So tragen wir einen kleinen Teil unserer Dankeschuld ab und helfen mit die Straße bauen in eine glückliche Zukunft.“
 Die „Hitler-Freiplatz-Spende“ wurde bekanntlich im Jahre 1933 erstmalig als Geschenk des deutschen Volkes an den Führer durchgeführt und hat inzwischen 370 000 alten Kämpfern der Bewegung, verdienten SA.-Männern und erholungsbedürftigen Volksgenossen durch einen kostenlosen Erholungsaustausch neue Kräfte für den Lebenskampf vermittelt.

Die französischen Wahlen

Erfolge der Kommunisten und Rad nach rechts
 Paris, 27. April. Die Wahlergebnisse aus 605 von 618 Wahlbezirken zeigen, daß nur in 179 Bezirken die Wahl endgültig ist, während in den anderen 426 Bezirken Stichwahlen notwendig sind. Nach diesen Ergebnissen ergibt sich vorläufig nachstehendes Bild:

Partei	Behaupt. Sitze	Gewon. Sitze	Verloren Sitze
Kommunisten	6	3	0
Sozialisten	21	2	6
Soz.-rep. Vereinigung	4	1	0
Unabh. Soz.	1	0	3
Radikalsoziale	22	2	6
Unabh. Radikale	10	2	3
Linksrepublikaner	32	5	5
Volkdemokraten	12	0	2
Republ. Demokr. Vereinigung (Gruppe Marin)	40	10	2
Konservative	4	2	0

Kurze Tagesübersicht

Das Ergebnis der französischen Wahlen läßt sich noch nicht endgültig beurteilen, weil die Stichwahlen am kommenden Sonntag erst die Entscheidung bringen. In 433 Fällen muß nochmals gewählt werden.
 Reichsminister Walter Darré erörterte mit dem in Berlin zu Besuch weilenden italienischen Landwirtschaftsminister Fragen der Agrarpolitik.
 Japan und Rußland haben sich dahin verständigt, zur Festlegung der Ostgrenze von Mandchurien eine gemischte Kommission zu bilden. Man betrachtet dies als ein Nachgeben Moskaus.
 In Polen wurde der freie Verkehr mit ausländischen Devisen und Gold verboten, die Devisenwirtschaft und die wirtschaftliche Niesmacherei zu unterbinden.
 Vom Kriegsschauplatz wird gemeldet, daß die Italiener von Deste aus mit motorisierten Truppen einen energischen Vorstoß auf Abdis Ababa machen. Die Abessinier besiegten, daß die Schlacht um Enfabaneh noch andauere.

Ein Ueberblick über dieses Ergebnis und die Stellung der einzelnen Kandidaten bei den Stichwahlen ergibt mit unabweisbarer Klarheit die bedeutenden Fortschritte, die die Kommunisten nicht nur in Paris selbst und in dem sogenannten roten Gürtel um die Hauptstadt erzielt haben, wo bisher 9 ihrer Kandidaten endgültig gewählt und etwa 30 in aussichtsreicher Stellung stehen, sondern auch in der Provinz, wo es ihnen gelungen ist, ihre Stimmzahl zum Teil zu verdoppeln und die Anhänger der gemäßigten Gruppen in eine oft sehr heikle Lage zu bringen.
 Die kommunistische „Humanité“, das Organ der Dritten Internationale, kann daher auch mit einem Recht von einem Sieg der Partei sprechen, wenn auch die von ihr angegebene Zahl von weiteren 60 aussichtsreichen Kandidaten stark übertrieben sein dürfte. Es ist aber trotzdem bemerkenswert, daß die Gesamtziffer der erhaltenen Stimmen, die bei den letzten Wahlen im Jahre 1932 noch 790 000 betrug, sich verdoppelt hat und auf etwa 1,5 Millionen gestiegen ist. Der endgültige Erfolg der Kommunisten wird nunmehr davon abhängen, ob die Disziplin in den Reihen der Volksfront gewahrt wird, das heißt, ob die einzelnen, in der Volksfront zusammengeschlossenen Parteien ihre Stimme dem Spitzenkandidaten der Linken geben, der in sehr vielen Fällen Kommunist ist. In gewissen Kreisen scheint man Zweifel hieran zu hegen, weil der unerwartet starke Aufschwung der Dritten Internationale anscheinend selbst in den Reihen der Volksfront unangenehm überrascht hat.
 Eine andere Feststellung, die man aufgrund des bisherigen Wahlergebnisses machen kann, ist der deutliche Rad nach rechts, der sich in den gemäßigten und Rechtskreisen zugunsten der Republikanischen Vereinigung vollzogen hat. Die Gruppe Marin ist bisher überhaupt diejenige, die von allen Gruppen die meisten neueroberten Sitze aufzuweisen hat. In 40 Wahlbezirken konnte sie im ersten Wahlgang ihre Kandidaten durchbringen und nur in 20 wurde sie geschlagen. Dafür gelang es ihr aber, in bisher 10 Bezirken neue Sitze zu gewinnen. Besonders bezeichnend für diesen Rechtsrud ist das Wahlergebnis in Lyon, wo der ehemalige Ministerpräsident Herriot erst an zweiter Stelle hinter dem Kandidaten der Republikanischen Vereinigung folgt, während er bei den letzten Wahlen bereits im ersten Wahlgang mit Stimmenmehrheit gegen den gleichen Kandidaten gewählt worden war.
 Die Sozialisten, die sich aufgrund der bisher vorliegenden Ergebnisse in einigen Bezirken nicht behaupten konnten, dürften im zweiten Wahlgang zugunsten der Kommunisten noch mehr Sitze einbüßen, da zahlreiche ihrer Kandidaten in nicht sehr günstiger Stellung stehen. Der Generalsekretär der Partei, Paul Faure, begnügt sich mit der Feststellung, daß schon eine Beibehaltung der bisherigen Sitze einen Sieg darstellen würde. Das Blatt muß aber nichtsdestoweniger zugeben, daß einige Kandidaten bereits im ersten Wahlgang ausgeschieden sind.
 Für die Radikalsozialisten ergibt sich im Wesentlichen die gleiche Lage. Auch sie werden nicht nur von den anderen Parteien der Volksfront bedrängt, sondern auch von der Rechten, wofür das Wahlergebnis von Lyon bezeichnend ist.
 Für das Endergebnis läßt sich nichts Sicheres sagen, da eine unerwartet hohe Zahl von Kandidaten in die Stichwahl gekommen ist. Es scheint sich aber zu befähigen, daß auch die neue Kammer keine erdrückende Mehrheit nach der einen oder anderen Seite hin aufzuweisen haben wird. Die Verschiebungen finden vielmehr innerhalb der rechten und linken Hälfte des Abgeordnetenhauses statt.
 Von den Mitgliedern des Kabinetts wurde der größte Teil im ersten Wahlgang gewählt, die anderen stehen in der Stichwahl in aussichtsreicher Stellung und dürften ebenfalls wieder gewählt werden.

Elsass-Lothringens Bekenntnis zu Heimat und Frieden

Strasbourg, 27. April. In den 25 Wahlkreisen des Grenzlandes Elsass-Lothringen sind im ersten Wahlgang bereits 11 Vertreter für die neue französische Kammer gewählt worden, je 4 in Unter-Elsass und in Lothringen, 3 in Ober-Elsass. Bemerkenswert ist, daß sie sämtlich verschiedene Gegner des Rumpelpaktes und der marxistischen Volksfront sind. Einen großen Erfolg verzeichnet vor allem die Elsässische Volkspartei, die bereits sechs Mandate erlangen konnte. Sie hatte ihre Wahlpropaganda völlig auf das Bekenntnis zur deutsch-französischen Verständigung und auf die Verteidigung der Heimatrechte (Schutz des Volkstums, elsass-lothringische Sonderverwaltung) abgestellt.
 In Lothringen ist beachtlich, daß im Grenzkreis Forbach der in der Saarzeit als Parteiführer der Pariser Status quo Politik bekannt gewordene Abgeordnete Doebbs sein Mandat an einen Katholiken verlor, der neben sechs auch zwei andere Linksradikale schlagen konnte. Im heftig umkämpften oberelsässischen Kreis Colmar fehlten dem bisherigen Abgeordneten, dem katholischen Abg. Rossé (Elsässische Volkspartei) knapp 200 Stimmen, um schon im ersten Wahlgang über vier Gegner von rechts und links gewählt zu sein. Mit rund 10 400 Stimmen ließ er seinen Hauptgegner, den Sozialisten Richard (3950 Stimmen) weit zurück. Rossé ist im Februar in der Pariser Kammer als Vorkämpfer des elsass-lothringischen Widerstandes gegen den französisch-sowjetrusischen Pakt aufgetreten. Der Sozialist Georges Weill, der dagegen bei der Abstimmung der französischen Kammer über den Rumpelpakt als einziger Vertreter des Elsass für die Annahme eingetreten war, konnte im Kreis Strasbourg

Stadt in ausichtslose Stichwahl gedrängt werden. Auch ein anderer Deutscher, der frühere Unterstaatssekretär Oberkirch, wird seinen Abgeordneten im Kreis Schleifstadt nicht mehr retten können.

Gewählte Regierungsglieder

Paris, 27. April. Von den Abgeordneten der bisherigen Kammer sind nach vorläufigen Ergebnissen des ersten Wahlnachmittags 18 gewählt worden, und zwar: 1 Unabhängiger, 2 Republikaner, 2 Linksrepublikaner, 4 Unabhängige Radikale, 3 Radikalsocialisten, 1 gemäßigter Sozialist, 5 Sozialisten. Ferner stehen 346 dieser ehemaligen Abgeordneten zur Stichwahl.

Von den 18 Regierungsgliedern, die der Kammer angehört haben, hat der Gesundheitsminister Nicole darauf verzichtet, sich zur Wahl zu stellen. Gewählt wurden Außenminister Flan-din, Kriegsmarineminister Pietri, Handelsminister Bonnet, Landwirtschaftsminister Thellier, Postminister Mandel, Arbeitsminister Frossard, Seemarineminister Chappedaine, Pensionsminister Bessé, Unterstaatssekretär im Innenministerium Beaugitte. In die Stichwahl kommen Justizminister Delbos, Luftfahrtminister Deat, Unterrichtsminister Guereux, Kolonialminister Stern.

Pariser Presse zum Ergebnis

Die unerwartete starke Zunahme der kommunistischen Stimmen veranlaßt die rechtsstehende Presse zu einem letzten Aufruf zur Disziplin an die nationaldenkenden Wähler, um dem Vormarsch der Volksfront im ganzen Lande den Weg zu verstopfen. Die Schlacht sei noch nicht beendet, schreibt das „Echo de Paris“, erst am kommenden Sonntag sei der entscheidende Tag. Auch der „Ami du Peuple“ fordert restlose Disziplin der nationalgefinnten Kandidaten. Frankreich befindet sich auf einem absteigenden Weg, der zu den schlimmsten Abenteuern, zu jenen spanischen Meutereien oder zur Moskauer Diktatur führe. Der „Jour“, der gleichfalls auf die Erfolge der Kommunisten hinweist, tröstet sich nur damit, daß der Stimmenzuwachs, den die dritte Internationale erfahren habe, zum größten Teil auf Kosten der Radikalsocialisten und der Sozialisten gegangen sei. Der „Matin“ bezeichnet die Sozialisten als die Besten des ersten Wahlganges. Der „Petit Parisien“ befaßt sich eingehend mit der Wiederwahl des Außenministers Flan-din. Dieser Sieg sei für ihn der beste Ansporn, sein bisheriges Werk fortzusetzen. Auch „L'Ordre“ warnt vor dem Anwachsen der revolutionären Parteien. Das radikalsozialistische „Ouvrier“ erwartet für den kommenden Sonntag einen entscheidenden Sieg der Linken. Es sei zu hoffen, daß die Kommunisten der Volksfront treu bleiben und im zweiten Wahlgang zugunsten der meistbegünstigten Kandidaten verzichten werden. Die kommunistische „Humanité“ ist sehr befriedigt und schreibt, die Kommunisten der Dritten Internationale würden ihre Stimmen gegenüber der letzten Wahl verdoppeln. Eine kommunistische Sturmflut gehe über Frankreich hinweg.

Lebensfragen der bayerischen Ostmark

Passau, 27. April. Auf der Pressekonferenz der Reichspressekammer der NSDAP, die am Sonntag zum erstenmal im Grenzgau Bayerische Ostmark im Rathaus zu Passau tagte, hielt der Gau-leiter der bayerischen Ostmark, Staatsminister Wächler, eine Rede über die Lebensfragen und den Ausbauplan der bayerischen Ostmark. Nach Schilderung der Ursachen des Niederganges gab er das umfassende Programm für den wirtschaftlichen Aufbau der Ostmark bekannt. Es gliedert sich in drei Gruppen: den planmäßigen Ausbau des ostmärkischen Lebensraumes durch Straßenbauten, Bodenkulturunternehmungen, Bau der gewerblichen Wirtschaft. In erster Linie würden neue Verkehrswege geschaffen, so zwei große Teilstrecken der Reichsautobahn: die Nord-Süd-Strecke über Bayreuth und die für später geplante West-Ost-Strecke über Regensburg nach Passau. Von Passau bis Hof sei die Ostmarkstrecke, der große Reichsstraßenzug entlang der Grenze, in Angriff genommen, die die eigentliche Lebensader des unmittelbaren Grenzgebietes werde. Neben der Erschließung bedeutender Fremdenverkehrsgebiete würden durch die Straßen auch die Verhältnisse der gewerblichen Wirtschaft erheblich verbessert. Insgesamt sei in der Ostmark die Rekonstruktion von 30 000 Tagewerk Bauernguts begonnen. Für 20 000 Volksgenossen seien bisher neue Heimstätten geschaffen worden, jedes weitere Jahr würden mindestens 4000 weitere errichtet werden. Die Grünlandwirtschaft zur Verbreiterung der wirtschafts-eigenen Futterarundlaue sei wesentlich zu verbessern, den

Der dicke Müller siedelt

Als Otto jetzt ins Wirtshaus kam, da empfing ihn ein donnerndes Gelächter und Otto stimmte vergnügt mit ein.

„Ihr seid mir ja eine Gesellschaft!“ lachte er drohend. „Da mach' ich euch nun ein Festessen, das ich gewaschen hat und zum Dank hängt ihr mir vier Bräute an den Hals!“

Wieder ein Gelächter, das kein Ende nehmen wollte. „Wer ich hab' sie alle wieder los! Auch das ledige Mädel mit den drei Kindern! Aber das muß den Gäl-densfeindinnen der Reid lassen, schauspielerinnen können sie, alle Hochachtung! Mit keiner Miene haben sie gezuckt! Also vergeht den Scherz nicht, Herrschaften, das habt ihr gutgemacht! Und wenn ich eröfne, da verandiere ich mich und gebe ein Faß Bier! Einverstanden!“

Es braucht nicht extra betont zu werden, daß keiner protestierte. Otto machte sich nach einer Stunde wieder auf den Weg und suchte Hans auf, den er aber nicht antraf, da er in die Kreisstadt gefahren war, um verschiedene Dinge einzukaufen.

Sein Radioapparat ging nicht und er mußte zwei Lampen ersetzen. So traf Otto nur Rosel und die Kinder an.

Rosel sah ihn lächelnd an und sagte: „Nun... haben Sie sich aus der Schlinge gezogen?“

„Aus allen vier Schlingen! Ich bin ein entlobter Mann!“

„Alle Achtung! Wie haben Sie das fertiggebracht?“

„Ich habe geredet wie ein Lautsprecher!“ Und dann erzählte er ihr, wie man ihn diesmal hineingelegt hatte, daß Rosel und die Kinder herzlich auslachten. Rosel freute sich über Otto und dachte: „Das ist wirklich ein Mann, der selber Spaß versteht, der nicht

Stand des Viehs zu fördern, die Flachsbauflächen zu erweitern und neue Höfe zu gründen.

Der Ausbau und Umbau der gewerblichen Wirtschaft endlich suchte die Arbeitslosigkeit völlig zu beseitigen, nachdem bis jetzt schon drei Viertel der Arbeitslosen von 1933 wieder der schaffenden Arbeit eingegliedert seien. Abschließend unterstrich der Gau-leiter die große Grenzbedeutung der Ostmark und wies in diesem Zusammenhang auf die engen Beziehungen der Tschechoslowakei zur Sowjetunion hin. Für die bayerische Ostmark bedeutet diese Entwicklung, daß es der erste Wall sei, den Europa dem 940 Kilometer langen Korridor, den die Sowjetunion durch die Tschechoslowakei in Europa vorgetrieben habe, entgegenzustellen habe.

Unglaubliche Tat eines Hausmeisters

Leuchtgas-Explosion in einem Mietshaus

Berlin, 27. April. Anweit des Alexanderplatzes, in der Georgenkirch-Straße in Berlin ereignete sich in der Nacht zum Sonntag in einem Wohnhaus eine schwere Explosion. Das ganze Gebäude wurde auf das schwerste beschädigt. Sämtliche Wohnungen und Läden boten den Anblick eines Trümmerfeldes. Fensterkreuze und Türen wurden eingedrückt. In der Haupteinfahrt klast unmitttelbar unter dem Treppenaufgang ein Loch von zwei Meter Durchmesser. 13 Personen wurden durch herabfallende Wandoberfläche und durch Glasplitter verletzt. Glücklicherweise sind sämtliche Verletzungen nicht ernstlicher Natur. Das Haus wurde wegen Einsturzgefahr vollständig geräumt.

Ermittlungen der Kriminalpolizei führten zu der Feststellung, daß der Verwalter des Hauses, der 61jährige Franz Hänel, aus Rache gegen den Eigentümer und andere Mieter nach einem raffiniert ausgeklügelten Plan in der Waschküche im Keller ausströmendes Leuchtgas zur Explosion gebracht hat.

Hänel wurde Sonntag vormittag verhaftet. Die Nachforschungen ergaben, daß sich Hänel in einem Schornstein verborgen hatte, wo er hilflos eingeschlossen war. Die Feuerwehr konnte ihn erst nach großen Mühen bergen. Bei einem sofort vorgenommenen Verhör gestand dem Hänel nach kurzem Weigern das Verbrechen ein. Hänel war an dem Hause das letzte in Kopenhagen wohnenden Schreiner und deren Tochter gehörte, mit 15 000 RM. bereittigt. Da seine Absicht, gegen den Willen seiner Verwandten das Haus zu verkaufen, nicht auszuführen war, kam er auf den verbrecherischen Gedanken, das Haus durch eine Gasexplosion zu vernichten. Dabei leitete ihn auch daneben die Absicht, seine eigene Frau und seinen Sohn und einige ihm verhaßte Mieter zu beseitigen. Bei der Tat selbst ging der Verbrecher mit raffinierter Ueberlegung zu Werke. Durch die Explosion schwebten annähernd 100 Personen — das Haus beherbergte 27 Mietparteien mit zehn Untermietern — in größter Lebensgefahr. Dank des raschen Eingreifens der Feuerwehr gelang es jedoch, alle Bewohner zu retten, die so grauenvoll aus dem Schlafe gerissen worden waren.

Rohstoff- und Devisenfragen

unter Ministerpräsident Göring

Berlin, 27. April. Amtlich wird mitgeteilt: Da bei der Bearbeitung der die Rohstoffe und Devisen betreffenden Fragen zahlreiche staatliche und parteiliche Stellen zusammenwirken müssen, hat der Führer und Reichskanzler den preußischen Ministerpräsidenten mit der Prüfung und Anordnung aller erforderlichen Maßnahmen beauftragt.

Ministerpräsident Generalfeldmarschall Göring kann hierzu alle staatlichen und parteilichen Stellen anordnen und anweisen. Er kann sich von den zuständigen Reichsministern unterstützen und nötigenfalls vertreten lassen.

Errichtung des obersten Ehren- u. Disziplinarhofes der Deutschen Arbeitsfront

Berlin, 27. April. Im Festsaal des Berliner Rathauses fand am Montag eine würdige Feier anlässlich der Errichtung des obersten Ehren- und Disziplinarhofes der Deutschen Arbeitsfront statt. Der zum Vorsitzenden des obersten Ehren- und Disziplinarhofes berufene Hauptamtsleiter Dr. von Renteln begrüßte die Anwesenden, darunter zahlreiche Vertreter hoher Parteistellen, Ministerien und Behörden, und umriß die Aufgaben des obersten Ehren- und Disziplinarhofes, der vor allem dazu geschaffen ist, die deutsche Arbeitsschicht vor jedem Mißbrauch und vor jeder Unbill zu schützen. Ehre und Disziplin, erklärte er, sind die tragenden Pfeiler des Gemeinschaftslebens unseres Volkes.

nur gern über die anderen lacht, sondern auch mal über sich selber.“ Das imponierte ihr.

„War denn keine dabei, die Ihnen gefiel?“

„Nein, die richtige war keine!“

„Sie werden auch schon dran glauben müssen?“

„Hoffentlich nicht!“

„Otto, Otto, das klingt aber bänglich! Als wenn Sie sich schon verliebt hätten!“ Sie drohte ihm mit dem Finger und der kleine Jörg sagte: „Du, Onkel, nimm' doch die Rosel!“

Rosel bekam einen roten Kopf, als jetzt der Onkel sagte: „Für die Rosel bin ich zu dick, Jörg! Die will einen hübschen schlanken Burschen mit blauen Augen haben! Und ich habe braune!“

Da stockte das Gespräch ein Weilschen, bis sich Otto nach Hans erkundigte, ob er denn immer noch so oft zu dem alten Major herüberfähre.

Rosel nickte und ihr Gesicht wurde dabei ernster.

„Die Frau ist doch wohl geschieden?“

Rosel antwortete nicht gleich, sie schickte die Kinder erst hinaus zu dem kleinen Jochen und dann gab sie ihm Antwort: „Ich glaube nicht! Sie lebt getrennt von ihrem Mann! Der soll ein bekannter Schauspieler sein, dem die Weiber nur so nachlaufen. Weiter weiß ich auch nichts.“

„Rosel,“ meinte Otto bedächtig. „Haben Sie Sorge, daß sich Hans verlieren könnte?“

„Ich weiß es nicht!“ entgegnete das Mädchen leise. Ich habe manchmal Angst und mir tut's so weh, daß er aus der Bitternis gegen Frau Brigitte nicht herauskommt!“

„Darin verstehe ich Hans! Da kommt kein Mann drüber weg!“ entgegnete er finster. „Eine Frau, die so einen Mann hat... eine Mutter, die so schöne und so liebe Kinder hat... kann sich nicht losreißen von Ehrgeiz und Eitelkeit! Nein, Rosel, da muß Hans einen Strich machen. Hätte ich die Frau, wahrlich, ich ließe sie nie wieder zu den Kindern! Und wenn sich der

Der Vorsitzende des obersten Parteigerichts, Reichsleiter Buch, stellte einleitend die großen Leistungen des Rechts für das gesamte Volk heraus. Wenn die Parteigerichte vom Führer be-rufen sind zur Wahrung der Ehre der Partei und des einzelnen Parteigenossen, so sind die Ehren-Disziplinargerichte der Deutschen Arbeitsfront als Hüter der Ehre der Mitglieder der Deutschen Arbeitsfront berufen. Reichsorganisationsleiter Dr. Ley legte in längerer Ausführungen dar, daß der Klassenkampf in Deutschland nur dadurch überwunden werden konnte, daß man die Menschen im Betriebe zusammen brachte, daß man Arbeiter und Unternehmer unermüdet lehrte, daß ihr Schicksal auf Ge-deih und Verderb miteinander verbunden war.

„Graf Zeppelin“ zur zweiten Südamerikafahrt gestartet

Friedrichshafen, 27. April. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist am Montag abend 19.25 Uhr zu seiner zweiten diesjährigen Südamerika-Fahrt bei regnerischem Wetter gestartet. Die Führung hat Kommandant Kapitän von Schiller übernommen. An Bord befinden sich 20 Passagiere. Das Luftschiff wird wiederum nördliche Route über Holland einschlagen, da eine Genehmigung zum Ueberfliegen Frankreichs nicht erteilt wurde.

Neue Motoren für „Hindenburg“

Die Motoren für das neue Luftschiff „Hindenburg“ werden voraussichtlich am 4. Mai in Friedrichshafen eintreffen. Nach Einbau der überprüften Motoren wird eine mehrstündige Probefahrt ausgeführt und einige Tage später tritt das Luftschiff „Hindenburg“ die geplante Nordamerika-Fahrt nach Zele-hurst an.

Starhemberg über die Heimwehr

Wien, 27. April. In einer Heimwehr-Rundgebung in Horn erklärte Innenminister Baar-Bahrenfels, man brauche die Heimwehr, solange die Miliz nicht ausgebaut sei. Im Gegensatz dazu führte Starhemberg gleich zu Beginn seiner Rede aus, daß die Heimwehr nicht daran denke, abzurufen, es würde auch in Zukunft eine bewaffnete Heimwehr geben. Nur über seine Leiche gehe die Abrüstung der Heimwehr. Weiter forderte Starhemberg erneut gründliche Reinigung des öffentlichen Lebens von unzuverlässigen Personen. Auch die Miliz beanspruche Starhemberg für sich, indem er sagte, sie habe zwar nichts zu politisieren, sie sei aber das Ausführungsorgan der Vaterländischen Front und insofern auch politisch. Er erklärte, Schuschnigg könne sich auf die Treue der Heimwehr verlassen, aber der Bundeskanzler solle sie auch einsehen gegen seine „des Kanzlers“ sogenannten Freunde, denn sonst könne es eines Tages geschehen, daß er von ihnen beseitigt werde.

Das Echo in London

London, 27. April. Die Rede des österreichischen Botschafters Starhemberg findet in der englischen Presse starke Beachtung. Sie wird als eine offene Herausforderung und Drohung gegen den Bundeskanzler Schuschnigg und einen Teil seiner Anhänger betrachtet. Besonders wird hervorgehoben, daß Starhemberg sich geweigert habe, die Heimwehr zu entlassen. „Daily Herald“ schreibt, die Rede Starhembergs enthülle den Kampf um die Macht, der zwischen den beiden Seiten der österreichischen Regierung im Gange sei. Starhemberg sei entschlossen, seine eigene Stellung aufrecht zu erhalten und zu stärken. Viele Heimwehrführer, so erklärt das Blatt, seien beschuldigt, in den Finanzskandal der Phönix-Versicherung verwickelt zu sein. Die Liste der Leute, die Bestechungsgelder erhalten haben, sei noch nicht veröffentlicht worden. Schuschnigg habe jedoch mehrere Male mit der Veröffentlichung gedroht. Mit einer Umbildung der österreichischen Regierung sei in wenigen Tagen zu rechnen.

Englands Stellung zur Mandatsfrage

Baldwin im Unterhaus

London, 27. April. Der konservative Abgeordnete Herbert Williams fragte am Montag im Unterhaus den Ministerpräsidenten, ob er nicht, um die Entwicklung einer dem Frieden ab-träglichen Lage zu verhindern, eine Erklärung abgeben wolle, daß die britische Regierung zu keiner Uebertragung der Mandatsgebiete zustimmen werde.

Ministerpräsident Baldwin antwortete darauf u. a.: Die

Hans in die Majorstochter verguckt, verstehen könnte ich's! Herrgott noch mal, er ist doch ein Mann, in den besten Jahren, wo alle Kräfte drängen! Hat er denn nicht ein Recht auf's Glück?“

„Er ist Brigitte angetraut! Sie ist noch keine Frau!“ entgegnete Rosel herb.

„Ja, ja, das weiß ich! Machen Sie sich keine Sorge um unieren Hans, Rosel, der weiß, was er zu tun hat! Das ist ein Mann, kein Jüngling, der nicht Herr seiner Empfindungen bleibt!“

„Die Frau ist schön... und gefährlich!“

„Das Gefährliche ist das Gleichartige ihres Schick-sals! Das birgt die Gefahr in sich.“

„Und... wenn Frau Brigitte wiederkommt! Und... sie ist vernünftig geworden? Und sie hat eingesehen, wo ihr Glück ist?“

„Dann soll sie Hans zum Teufel jagen!“ fuhr Otto auf und in seinen sonst so gutmütigen Zügen flammte ein Zug des Hasses auf. „Nein, was diese Frau dem Gatten angetan hat, dafür gibt es keine Verzeihung! Sie hat gewählt! Und Hans weiß, was er zu tun hat!“

Mit zitternden Lippen entgegnete Rosel: „Und er liebt sie doch noch im Grunde seines Herzens!“

„Er liebt sie noch! Natürlich, liebt er sie noch! Wir Männer tragen das Bild unserer ersten Liebe immer im Herzen und wenn es noch so schmerzhaft ist! Das ist bitter, aber es ist so! Aber wir sind Männer, Rosel, und wir siegen, wenn wir wollen auch über das Herz.“

„Und das ist Sünde!“ schrie das Mädchen. „Ihr dürft nicht Richter sein! Wir fehlen alle, alle! Und wenn Frau Brigitte noch so schwer gefehlt hat, wenn sie kommt und sucht den Weg, dann darf er ihr nicht verpörrt werden! Das sage ich als eine Frau, denn... die Kinder brauchen eine Mutter!“

„Sie sind den Kindern besser Mutter als die eigene!“

(Fortsetzung folgt).

Mandatsgebiete wurden bei Ende des Krieges von den hauptsächlich alliierten und assoziierten Mächten verteilt. Die sohermaßen auserwählten Mandatäre nahmen die Mandate vom Völkerbund an und unterwarfen sich den besonders in Artikel 22 der Völkerbundsatzung und in den Mandaten selbst enthaltenen Verpflichtungen. Diese umfassten in erster Linie die Verpflichtung, bis zum äußersten das materielle und moralische Wohlergehen und den sozialen Fortschritt der Einwohner der Mandatsgebiete selbst zu fördern. Weder in der Völkerbundsatzung noch in den Friedensverträgen oder in den Mandaten gibt es Bestimmungen, die Bezug haben auf die Uebertragung von Mandaten von einer Macht an die andere, und keine derartige Uebertragung hat jemals stattgefunden. Man hat mir mitgeteilt, daß es, bevor irgend eine derartige Uebertragung verwirklicht werden könnte, notwendig sein würde, auf jeden Fall die Zustimmung der gegenwärtigen Mandatsmacht und der Macht, an die das Gebiet übertragen werden soll, und auch die einmütige Zustimmung des Völkerbundesrates einzuholen. Ich hoffe, daß meine Ausführungen klargestellt haben, daß die Uebertragung von Mandaten eine Frage ist, die, wäre sie in Aussicht genommen, der sorgfältigsten Prüfung bedürfen würde.

Was die von der britischen Regierung verfolgte Politik angeht, so möchte ich auf das bestimmteste versichern, daß wir die Uebertragung irgend welcher Mandatsgebiete an irgend eine andere Macht nicht erwogen haben und nicht erwägen. Die Unterhausmitglieder dürfen versichert sein, daß die britische Regierung keinerlei irgendwie geartete Absicht hat, die Frage von sich aus anzuschneiden.

Polen führt die Devisenkontrolle ein

Erklärung der polnischen Regierung

Warschau, 27. April. Mit dem 27. April ist durch Verordnung des polnischen Staatspräsidenten und auf Grund einer Ausführungsverordnung des Finanzministers der freie Verkehr mit ausländischen Devisen und Gold verboten worden.

In einer Erklärung der Regierung wird hervorgehoben, daß teilweise unter dem Einfluß der außenpolitischen Vorgänge und teilweise infolge einer unbegründeten Unruhebestimmung im Inlande sich in letzter Zeit ein umfangreicher Austausch von Gold und ausländischen Valuten zu Zwecken der Hortung gezeigt habe. Dadurch würden die Reserven der Notenbank geschwächt und gleichzeitig dem Wirtschaftsprozeß Kapital entzogen, was die Verwirklichung der Regierungspläne zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erschwere. Die Regierung habe sich daher verpflichtet gesehen, eine Kontrolle des Goldverkehrs und des Verkehrs mit ausländischen Valuten einzuführen. Die Erklärung der Regierung hebt weiter hervor, daß die Devisenkontrolle den normalen Wirtschaftsverkehr mit dem Auslande sowie die Versorgung mit Rohstoffen, Maschinen und Werkzeugen nicht behindern werde. Die polnischen Verpflichtungen aus dem Außenhandel ebenso wie die polnischen Kreditverpflichtungen werden weiterhin eingehalten werden. Die Regierung betont schließlich, daß sich die vorübergehende Devisenkontrolle nur als Schutzmaßnahme gegen die Spekulation und gegen die wirtschaftliche Niesmacherei einführe.

Die Verordnung bestimmt im wesentlichen die Errichtung einer Devisenkommission bei der Bank von Polen, die die Genehmigung für den Verkehr mit Devisen und Gold erteilen kann. Genehmigungspflichtig ist der Anlauf ausländischer Valuten, ihre Ausfuhr und ihre Ueberweisung ins Ausland. Ferner dürfen Zahlungsmittel und Kredite Ausländern nur mit Genehmigung der Devisenkommission zur Verfügung gestellt werden. Genehmigungspflichtig ist weiter der Handel mit Gold, die Ausfuhr und die Einfuhr von Gold. Der Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln darf nur von der Bank von Polen und einer Reihe bestimmter Devisenbanken getätigt werden.

Kohlenoxydgasvergiftungen bei einer Abendmahlsfeier

Kopenhagen, 27. April. In der Kirche in Vognstrød in Südtanland ereignete am Sonntag während der Abendmahlsfeier zahlreiche Besucher schwere Kohlenoxydgasvergiftungen. Als kurz nach Beginn der Abendmahlsfeier eine ältere Dame und dann mehrere junge Konfirmanden bewusstlos zusammenbrachen, wollte der Geistliche die Feier schnell beenden. Während des Orgelspiels verlor dann noch die Organistin und zwei Frauen aus dem Kirchenchor das Bewußtsein. Die Kirchbesucher eilten schnell ins Freie. Insgesamt hatten etwa 20 Personen unter den Vergiftungen zu leiden. In zwei Fällen mußten die Betroffenen ins Krankenhaus gebracht werden. Eine Untersuchung der Kirche ergab, daß die giftigen Gase offenbar durch eine undichte Leitung in das Kircheninnere eingebracht waren.

Nur 25 Prozent Wahlbeteiligung in Spanien

Madrid, 27. April. Die Beteiligung an der Wahl der Vertrauensleute für die am 10. Mai stattfindende Präsidentschaftswahl war in ganz Spanien außerordentlich gering, so daß in vielen Städten, so z. B. in Cartagena, die Wahllokale infolge Ausbleibens der Wähler schon in den Mittagsstunden den Dienst einstellen. Die Frauen zeigten ein besonders geringes Interesse. Die Beteiligung wird auf durchschnittlich etwa 25 v. H. geschätzt; nur in einigen Arbeitervierteln stieg der Prozentfuß auf etwa 50 v. H. Da außer der Volksfront nur noch die konservativen Republikaner — und auch diese nur an einigen Orten — Kandidaten aufgestellt hatten, so kann nirgends von einem Wahlkampf gesprochen werden. Die Volksfront geht also, wie nicht anders zu erwarten war, in ganz Spanien „als unbestreitbarer Sieger“ hervor.

Großfeuer im südlichen Schwarzwald

Vier Doppel- und vier Einzelhäuser eingestürzt

Schnau im Wiesental, 26. April. In der etwa eine halbe Stunde von Schnau entfernt liegenden kleinen Ortschaft Tunau brach am Sonntag nachmittag um 1 Uhr ein Großfeuer aus, dem innerhalb kurzer Zeit vier Doppel- und vier Einzelhäuser zum Opfer fielen, darunter das Wirtshaus „Zur Tanne“ sowie das Schulhaus.

Der Brand nahm seinen Anfang in dem in der Ortsmitte der bloß zwölf Häuser großen Gemeinde gelegenen Doppelwohnhäuser der Landwirte Reinhard Ruch und Eugen Strohmeyer. Obwohl die einzelnen Häuser des Ortes ziemlich zerstreut liegen,

dehnte sich das Feuer, begünstigt durch den starken Ostwind, über die weiteren sieben talwärts liegenden Bauernhäuser sowie das Gasthaus „Zur Tanne“ und das Schulhaus aus. Bei den in Schutt und Asche gelegten Bauernhöfen handelt es sich durchweg um alte schöne Schwarzwaldhäuser. Zwölf Familien und der Lehrer der Gemeinde sind obdachlos, insgesamt über 80 Personen. Von den Fahrnissen und den Hauseinrichtungen konnte so gut wie nichts gerettet werden. Dagegen gelang es, sämtliches Großvieh in Sicherheit zu bringen. Verbrannt sind einige Schweine, ein Kalb, viel Federvieh und zahlreiche Viehweidkälber.

Das Brandunglück in der kleinen Berggemeinde Tunau stellt sich als eines der schwersten Unglücke dar, von dem in den letzten Jahren der Schwarzwald betroffen worden ist. Das Dorf liegt etwa 700 Meter hoch, ganz verborgen in einem kleinen Seitental am Fuße des etwa 1200 Meter hohen Stadelkopfes. Durchweg sind die Anwesen noch mit Stroh und Schindeln gedeckt. Hieraus erklärt sich, daß das gefährliche Element sich mit so rasender Geschwindigkeit ausbreiten konnte. Binnen einer Viertelstunde waren acht Anwesen von den Flammen erfaßt.

Ergreifende Beweise der Hilfsbereitschaft wurden offenbar. Für die 80 obdachlos gewordenen Bewohner wurde sofort alles Mögliche getan, um eine Unterkunftstätte zu schaffen. Teilweise wurden sie bei Verwandten untergebracht. Auch von den Nachbargemeinden hat man bereitwillig obdachlose Personen aufgenommen. Im Schopf des Bürgermeisters hat man gleichfalls Notlager eingerichtet. Hundert Stück Vieh, die noch zu rechter Zeit aus den Ställen herausgeholt werden konnten, sind erstweilen in der Nachbarschaft untergebracht. Nach den vorläufigen Schätzungen beträgt der Gebäudeschaden allein 200 000 RM. Die Brandgeschädigten sind nur teilweise versichert. Es besteht der Verdacht der Brandstiftung. Noch am selben Abend wurden die Besitzer des zuerst von dem Brande ergriffenen Doppelwohnhäuses, Strohmeyer und Ruch, von der Gendarmerie bis zur endgültigen Klärung vorläufig festgenommen.

Der italienische Vormarsch im Süden

Rom, 27. April. Marschall Badoglio dröhete u. a.: „Die Truppen des Generals Graziani haben nach dem Siege von Djana-goba den Vormarsch wieder aufgenommen. An unserer linken Front hat eine motorisierte Kolonne unter Führung der Generals Berne überraschend Dagamedo eingenommen. Unsere motorisierten Abteilungen verfolgten den Feind, der zahlreiche tote und Hunderte von Gewehren und reichliches Munitionsmaterial zurückließ. In der Mitte griff General Frusci die feindlichen Stellungen von Hamalet an. Unsere Truppen vertreiben den Feind aus dem Tal von Fas, wobei ihm sehr schwere Verluste zugefügt wurden. (Mehr als 1000 Tote.) Hamalet wurde eingenommen. Unsere rechte Kolonne unter Führung des Generals Agostini eröffnete einen Angriff auf die besetzten Stellungen von Gounagabo, das besetzt wurde.“

Vorbereitungen zum Marsch auf Addis Abeba

Asmara, 27. April. Im italienischen Hauptquartier in Desse werden gegenwärtig alle Vorbereitungen für den Marsch auf Addis Abeba getroffen. Auf der Straße Makalle—Desse, die für den Autoverkehr hergerichtet worden ist, regeln Lastautokolonnen den Nachschub und die Lebensmittelversorgung. In Desse sind inzwischen 3000 mit allen Materialien versehene Kraftwagen eingetroffen, die sich auf Befehl in Richtung auf die abessinische Hauptstadt in Bewegung setzen werden.

Außer der Asari-Kolonne, die am Donnerstag die Ortschaft Worraulu 70 Kilometer südlich von Desse einnahm, rückt augenblicklich eine zweite Abteilung Asaris parallel nach Süden vor und wird, wie man italienischerseits erklärt, überall von der Bevölkerung freundlichst aufgenommen.

Ueber das Verbleiben des Regus fliegen immer noch keine sicheren Angaben vor. Wie von italienischer Seite verlautet, soll der Thronfolger zu Zugeständnissen an Italien bereit sein. Man glaubt mit dem Abschluß der Feindseligkeiten auf beiden Fronten zweifellos spätestens Mitte Mai rechnen zu können. General Graziani rückt mit seinen Truppen weiter in Richtung auf Harrar vor.

3000 Lastautos im Anmarsch auf Addis Abeba

Asmara, 27. April. Am Sonntag hat eine riesige, aus 3000 Lastautos bestehende Kolonne, die sich in den letzten Tagen in Desse versammelte, den Marsch nach Süden angetreten. Die Kolonne wird den Eingeborenenabteilungen folgen, die vor einigen Tagen aufgebrochen sind und verhältnismäßig rasch marschieren. Die Kraftwagenabteilung ist mit den modernsten technischen Mitteln ausgestattet. Auf vielen Lastwagen sind kleine Tanks aufmontiert.

Italienische Aufrufe in Addis Abeba

Addis Abeba, 27. April. Nachdem bereits am Sonntag zwei italienische Bombenflugzeuge Addis Abeba nahezu eine Stunde lang überflogen hatten, erschien am Montag Vormittag neuerlich ein italienisches Flugzeug über der Hauptstadt. Das Flugzeug stieg bis auf 30 Meter herab und zog in dieser geringen Höhe mehrere Kurven über den Dächern der Innenstadt. Die abgeworfenen Flugblätter enthielten einen Aufruf der obersten italienischen Heeresleitung an die abessinische Bevölkerung, der von Marschall Badoglio gezeichnet ist. In diesem Aufruf heißt es u. a.: „Mit Hilfe Gottes werde ich in Addis Abeba eintreffen. Der Kaiser und die Soldaten seiner ersten Armee sind tot. Auch die von ihm an die Front geführten Erfahrmänner sind vernichtet. Die Städte Gondar, Socota und Desse sind von uns eingenommen. Wir sind Herren von Ogaden und werden in einigen Tagen in Harrar stehen.“ Dann heißt es in den Flugblättern weiter: „Ich will nicht, daß das christliche abessinische Volk vernichtet wird. Wir bringen Frieden und Justifikation. An die Mahnung, kein Blut untereinander zu vergießen, schließt sich die Aufforderung an die abessinischen Krieger, den Kampf einzustellen und in die Heimat zurückzukehren. Zum Schluß heißt es in dem Aufruf: Zerfällt keine Strafen und legt meiner Armee keinen Widerstand entgegen. Wir wollen weder Euer Leben noch Euer Eigentum. Wenn Ihr aber meiner Armee Widerstand leistet und die Straßen zerstört, so wird die italienische Heeresmacht erbarmungslos über Euch herfallen. Die Flugzeuge werden ein Blutbad unter Euch anrichten und alles vernichten.“

Addis Abeba meldet Stößen des Vormarsches

Addis Abeba, 27. April. In abessinischen Kreisen erklärt man zur gegenwärtigen Kampflage folgendes:

Nachdem die erste italienische Offensive vom 14. bis 17. April an der Südfront verlustreich zusammengebrochen war, haben

die italienischen Truppen am 21. April zu einer neuen großen Offensive in Richtung Sassa-baneh eingesetzt. Der Angriff wird von allen Truppengattungen, die verfügbar sind, durchgeführt. Trotz des großen Einsatzes gelang es den Italienern während der schon drei Tage dauernden Schlacht nicht Sassa-baneh und die Stellung südlich davon zu erreichen. Am 25. April wurden, wie weiter aus Addis Abeba berichtet wird, von den Truppen südlich von Sassa-baneh vier italienische Bombenflieger abgeschossen und zwei Tanks durch Abwehrgeschütze zerstört. Am 26. April wurde die Stadt Goba von italienischen Flugzeugen mit zahlreichen Brand- und Explosivbomben belegt.

Italien beschwert sich über Dum-Dum-Geschosse

Rom, 27. April. Wie im italienischen Kolonialministerium erklärt wird, ist ein Telegramm von Marschall Badoglio eingegangen, in dem mitgeteilt werde, daß über 2000 Hülsen von Dum-Dum-Geschossen, die von der abessinischen Armee verwendet worden seien, aufgefunden worden seien. Es sei festgestellt, daß fast sämtliche abessinischen Bewaffneten mit Dum-Dum-Geschossen versehen seien. In einem Telegramm des Gouverneurs von Somalia heiße es, daß von 160 italienischen Verwundeten 120 von solchen Geschossen getroffen worden seien. Das entsprechende Beweismaterial, so erklärt man, werde gemeinsam mit den beiden Telegrammen dem Völkerbund zugeleitet werden. Das „Giornale d'Italia“ knüpft daran einen sehr scharfen Leitartikel, in dem Abessinien der Grausamkeiten angeklagt wird.

Soziales

Wildbad, den 28. April 1936.

Ein treuer Kurgast ist Herr Reinhold Robuth aus Danzig, der dieser Tage zum 20. Mal (seit 1917 alljährlich) hier eintraf und in der Pension „Kraner“ abgeblieben ist. Möge dieses Beispiel nachgeahmt werden und mögen dem Gast unsere herrlichen Thermen auch heuer wohl bekommen.

Jeder trägt die Mai-Plakette!

Es ist nur eine ganz einfache, schlichte graue Plakette, wie sie dem Ernst und der Rührtheit der Arbeit entspricht. Auf ihr sind drei Symbole und das Hoheitszeichen des Reiches vereinigt. Es sind die Symbole der deutschen Arbeit: der Flug als Symbol des Vorkrieges, das Schwert als Symbol des Wehrlandes und endlich der Hammer — das Wahrzeichen der Industrie! Davon breitet der deutsche Adler, der das Hakenkreuz in den Fängen hält, seine Schwingen. Und daneben steht das Datum dieses Tages der Arbeit: 1. Mai 1936.

Schon sieht man hier und da das Abzeichen des 1. Mai an Rodauffschlägen und Mänteln der Menschen, die eilig durch den trüben Apriltag laufen. Daß wir alle dieses Abzeichen tragen, ist selbstverständliche Ehrensache. Es ist der schlichte Ausdruck dafür, daß man sich an diesem Tage mit allen deutschen arbeitenden Menschen verbunden fühlt, daß man sich selbst als kleines Köddchen im unendlich großen Maschinenwerk der deutschen Arbeit betrachtet. Und an diesem Tage wissen wir es alle: daß auch das kleinste und unscheinbarste dieser Köddchen heraustritt, mit seiner unermüdbaren Arbeit den Gang des großen Räderwerkes lebendig zu erhalten.

Auf jeden kommt es an. Und jeder, der in der Arbeit sein Bestes gibt, darf sich mit Recht am 1. Mai zur großen Arbeitsgemeinschaft des deutschen Volkes zählen, darf mit besonderem Stolz die Plakette dieses Tages tragen. Wir alle sind Arbeiter am Wohle Deutschlands. Auf den Willen zur Tat, auf die Bereitschaft zur Arbeit am Ganzen und für das Ganze kommt es an. Wenn wir am 1. Mai erfüllt sind vom Glauben an die Ehre der Arbeit, an den Segen der Arbeit — dann wird dieser Feiertag die gewaltige Arbeitsgemeinschaft des deutschen Volkes aufs neue zu einem starken, widerstandsfähigen Bollwerk zusammenschweißen.

Achtung Eltern, Pimpfe und Jungmädels

Dienstanzug für die Neuaufgenommenen

Wie wir bereits berichtet haben, ist der probeweise ins Jungvolk aufgenommene Junge sofort berechtigt, den Dienstanzug des Deutschen Jungvolks zu tragen, jedoch ohne Schulterriemen, Zahnrädermesser und H.A.-Abzeichen. Das Jungmädels darf über diese Zeit die Bundestracht der Jungmädels tragen, aber ohne H.A.-Abzeichen, Halstuch und Knoten. Wir möchten nun heute nochmals ausdrücklich darauf hinweisen, daß von den Uniformgeschäften nur dann die zum Dienstanzug gehörenden Stücke bestellt werden dürfen, wenn der neue Pimpf, das neue Jungmädels eine schriftliche, vom Fähnleinführer oder der Jungmädels-Gruppenführerin ausgefertigte Bescheinigung vorweist, die besagt, daß der Junge oder das Mädels probeweise ins Jungvolk, in die Jungmädelschaft aufgenommen wurde.

Beamte werden zum Wehr- und Arbeitsdienst beurlaubt

Gemäß einem Erlaß des Reichs- und preussischen Innenministers für sämtliche Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden ist allen Beamten, die zur Ableistung ihrer aktiven Dienstpflicht zur Wehrmacht oder zum Arbeitsdienst einberufen werden oder freiwillig eintreten, der erforderliche Urlaub unter Fortfall der Bezüge zu gewähren. Die Anrechnung der im aktiven Wehr- oder Arbeitsdienst verbrachten Zeit auf das Anwärterdienstalter und als außerplanmäßige Dienstzeit wird in den Beförderungsverordnungen geregelt werden. Das allgemeine Dienstalter der planmäßigen Beamten wird von der Ableistung des aktiven Wehr- und Arbeitsdienstes nicht berührt.

Einheitlicher Bedienungsgeldzuschlag

Der Reichswirtschaftsminister hat die Fachgruppe Beherbergungsgewerbe ermächtigt, den Bedienungsgeldzuschlag im Beherbergungsgewerbe einheitlich zu regeln. Auf Grund dieser Ermächtigung ist eine markregelnde Anordnung über den einheitlichen Bedienungsgeldzuschlag ergangen, die am 1. Mai in Kraft tritt. Es wird dabei ausgeführt, daß das Preisangebot der gewerblichen Beherbergungsbetriebe bisher vielfach der Klarheit durch eine Vielheit von nachträglichen Zuschlägen zum Grundpreis entbehrte. Andererseits ist jedoch ein klares Preisangebot eine der wichtigsten Voraussetzungen einer günstigen Fremdenverkehrsentwicklung. Nach der Anordnung müssen ab 1. Mai alle gewerbsmäßigen Beherbergungsbetriebe einschließlich der Fremdenheime zu dem angeführten Grundpreis einen erkennbaren Zuschlag erheben, durch den alle Leistungen innerhalb des Beherbergungsvertrages abgegolten werden. Dieser Zuschlag beträgt auf den Preis für Zimmer und Frühstück 10 bis höchstens 15 Prozent, auf die Preise für den sonstigen Verzehr einheitlich 10 Prozent. Von besonderer Bedeutung ist die Bestimmung, daß durch die Aufhebung des Preisangebots in Grundpreis und Zuschlag eine Erhöhung des bisherigen Gesamtpreises nicht eintreten darf.

Die Bewegungsfreiheit, die bei dem Zuschlag auf den Zimmerpreis vorgelegen ist, soll nur ein Uebergangszustand sein, der baldigt auch hier einer absoluten Einheitlichkeit Platz machen soll. Sämtliche bisher etwa zur Berechnung gelangten Zuschläge für Heizung, Licht und Stiefelputzen dürfen künftig nicht erscheinen. Das Putzen von einem Paar Schuhe pro Tag und Galt ist mit dem Zuschlag abgegolten. Zukünftige Behandlung von Sportgeräten und Schuhen, Gepäcktransport und Votengänge werden natürlich als Sonderleistungen auch gesondert in Rechnung gestellt.

Württemberg

Abschluß des SA.-Führer-Appells

Stuttgart, 27. April. Gruppensführer Lubin begrüßte am Nachmittag bei der internen Tagung der SA.-Führerschaft die anwesenden Führer. Reichskulturwalter Morawer ging in einer Ansprache aus von dem Erlebnis des Kampfes in der Zeit vor der Nachtregression. Wollen wir den Begriff der Kultur für unsere Gegenwart fruchtbar machen, so müssen wir wissen, was ihr letzter Befestiger ist. Kultur ist nach unserer Auffassung die geformte Eigenart unseres Volkes. Deutsche Kultur bedeutet für uns heute Düsternis und Schleichheit. Dann begreifen wir auch, daß wir heute neue Formen suchen müssen, Formen, für die das Maß nicht bei dem Einzelnen, sondern bei der Gemeinschaft, beim Volke liegt. Wenn wir heute Kulturarbeiter der SA. irgendwie bestimmen wollen, so sehen wir sie vorbildlich geformt bei der Gruppe Südwest. Hier ist die seelisch-geistige Ausrichtung Tatsache geworden, die auch dem Stabschef bei der Gründung des Kulturkreises der SA. vorgeschwebt hat.

Reichsstatthalter Gausleiter Murr brachte den SA.-Führern den Willkommgruß der Partei dar. Es ist unsere vornehmste Aufgabe in der Partei, das Wissen von der Notwendigkeit der deutschen Einigkeit als das unantastbare Erbe weiterzugeben. Ministerpräsident Mergenthaler wies auf das Opfer der SA. an Gut und Blut hin, das von ihr in der Kampfszeit gebracht worden ist. Wir wollen, so fuhr der Ministerpräsident weiter fort, bauen nicht nur für unsere Gegenwart, sondern für Jahrhunderte, und wir sind überzeugt, daß diejenigen die Erfolge der Kampfszeit am härtesten verteidigen werden, die sie mit ihrem Opfer geschaffen haben. SA.-Geist ist aber auch notwendig auf den Gebieten der Wirtschaft und der Kultur, um überall die nationalsozialistische Weltanschauung durchzuführen. Die SA. muß stets auf dem Posten sein, damit die Dunkelmänner in allen Lagern nicht zum Zuge kommen.

Ministerpräsident Kästner (Baden) entschuldigte den durch Krankheit verhinderten Gausleiter und Reichsstatthalter Wagner. Er ging aus von der schwierigen Lage, in der sich die SA. nach der Nachtregression befand. Er zeichnete diese Situation, die der eines siegreichen Heeres ähnelte. Die SA., so sagte er, fühlte sich vor einem leeren Raume. Es war die große Aufgabe der SA.-Führung, der Mannschaft eine neue Zielsetzung zu geben. Es ist gelungen. Es gibt auch heute noch Kampf. Nur ist die Kampfszene eine andere. Kämpfte früher die Partei um ihr Lebensrecht, so kämpft heute das ganze Volk um den Platz an der Sonne. Diejenigen, die der Ansicht sind, die Partei und die SA. seien heute überflüssig, haben nicht das mindeste politische Urteil. Ich beglückwünsche, so schloß Ministerpräsident Kästner, den Gruppensführer Lubin zu dieser Führerschaft und ich weiß, daß der alte Spruch gilt: „In Treue fest — Gruppe Südwest!“

Gruppensführer Lubin, der zum Schluß noch einmal das Wort ergriff, umriß in ganz großen Zügen die Winterarbeit der SA. Als folgendes Ergebnis wies er darauf hin, daß es ihm gelungen sei, den Männern wieder ein Ziel zu geben. Die SA.-Gruppe Südwest darf stolz sein auf diese Tagung, die die viele Mühe und Arbeit und eine unendliche Einsatzbereitschaft so herrlich gekrönt hat.

Hauptauschussführung des Schwarzwaldvereins

Walldorf, 27. April. In Anwesenheit zahlreicher Ortsgruppenvertreter fand die diesjährige Hauptauschussführung des Schwarzwaldvereins unter Vorsitz des Präsidenten, Universitätsprofessor Dr. Schneiderhöhn, in Walldorf statt. Der gedruckte vorliegende Jahresbericht für 1935 wurde einstimmig angenommen und der Voranschlag für 1936 genehmigt. Die 72. Hauptversammlung findet am 14. Juni in Baden-Baden statt. Die Hauptversammlung 1937 soll in Württemberg abgehalten werden. Ein Vorschlag für die Stadt Calw wurde allgemein begrüßt. Präsident Schneiderhöhn besprach dann die Schaffung eines Ehrenzeichens, wie es andere Wandervereine schon hätten und das für besondere Verdienste innerhalb des Schwarzwaldvereins verliehen werden soll. Der Präsident machte dann weiterhin Mitteilung von den Einheitsführungen des Reichsbundes für Leibübungen. Im Rahmen einer allgemeinen Aussprache wurde die kostentlose Verteilung von Karten an die Mitglieder besprochen.

Stadtgemeinde Wildbad.

Reisschlagverkauf

am Montag, den 4. Mai 1936, nachmittags 17^{1/2} Uhr im Ratskeller aus Vbt. Großer Rant, Valenstraße, Schillereiche, Kappelberg, Kiesenstein und Wildbader Hang: 20 Flächenlose, geschätzt zu 1010 Reichsmark.

Der Bürgermeister.

Wildbad.

Die Mütterberatungsstunde

findet am Mittwoch, 29. April 1936, von 2—3 Uhr im alten Schulhaus statt.

Jugendamt.

An unsere Badblatt-Insertenten!

Am Freitag, den 1. Mai 1936 beginnt die offizielle Kurzeit. Die erste Nummer des nunmehr im 72. Jahrgang erscheinenden

„Wildbader Badblatt“

wird am gleichen Tage herausgegeben.

Insertate für das Badblatt

wolle man zeitig aufgeben, um eine gute Ausführung zu gewährleisten. Mit Preisen und Entwürfen stehen wir zu Diensten.

Wildbader Badblatt — Fernruf 479.

Hermann Göring: „Der Kämpfer für den Luftschutz hat soviel Verantwortung und soviel Ehre wie jeder Frontsoldat.“

Ein Stuttgarter Vertreter wies darauf hin, daß der Schwäbische Albverein jedem Mitglied jährlich ein Kartenblatt umsonst gegen den normalen Jahresbeitrag zur Verfügung stelle. Es wurde ein Vorschlag angenommen, etwa 1000 Karten im Jahre an die eifrigen Wanderer umsonst abzugeben. Jeder, der eine solche Karte bekommt, muß das Doppelte der Pflichtwanderungen gemacht haben. Der Marktplatz in Walldorf war am Sonntag früh der Sammelpunkt der Wanderer des Schwarzwaldvereins, um gemeinsam den Kandel-Höhenweg seiner Bestimmung zu übergeben. Die Wetterverhältnisse der letzten Tage gestatteten jedoch nicht, auf die Höhe zu wandern. So wurde eine Wanderung über die niederen Höhenzüge nach Suggental improvisiert. Vorher hörten die Wanderer auf dem Marktplatz in Walldorf ein Konzert der Stadtmusik. Bürgermeister Kellmayer dankte, daß der Kandel-Höhenweg zustande kam. Dadurch werde der Kandel mit all seinen Schönheiten für die breitere Öffentlichkeit erschlossen und auch die Stadt Walldorf werde dadurch mehr und mehr in den Mittelpunkt des Wanderlebens gestellt.

Tagung der württ. Obermeister im Schlosserhandwerk

Stuttgart, 27. April. Am Sonntag veranstaltete der Bezirk Württemberg im Reichsverband des deutschen Schlosserhandwerks im großen Stadtgarten eine Obermeistertagung, die aus allen Teilen des Landes außerordentlich gut besucht war. Bezirksinventionsmeister Gausleiter konnte in seiner Begrüßungsansprache auch den Reichsinventionsmeister Francois willkommen heißen. In seinem Bericht über die Wirtschaftslage des Schlossergewerbes führte er aus, daß sich die Umsätze zwar gehoben hätten, daß die Gestaltung der Preise jedoch noch nicht so sei, daß ein angemessener Verdienst erzielt werde. Im weiteren Verlauf der Tagung sprach sodann Oberregierungsrat Dr. Borst von der Ministerialabteilung für die Fachschulen über das Thema: „Meisterschulen für das Handwerk“. Weitere Ansprachen hielten der stellv. Vorstand der Handwerkskammer Stuttgart, Ratsherr Hoffmann, Gewerbe- und Industrie- und Reichsinventionsmeister Francois. Letzterer wies vor allem auf die Bedeutung der Handwerksarbeit in staatspolitischer, volkswirtschaftlicher und kultureller Beziehung hin. Eine gemeinsame Führung durch die Veranstaltung der Meisterschulen für das Schlosserhandwerk sowie verschiedene gefällige Veranstaltungen umrahmten die Tagung.

Rundgebung des württ. Hausbesitzes

Am 27. April. Unter großer Beteiligung der Mitglieder aus dem ganzen Lande fand am Sonntag die Jahresversammlung des Landesverbandes württ. Haus- und Grundbesitzervereine statt. Der Landesverbandsführer Kästner-Stuttgart entbot allen Mitgliedern herzlichen Willkommen und begrüßte insbesondere den Präsidenten Triebus aus Berlin. Dieser sprach eingehend über die Lage des deutschen Haus- und Grundbesitzes. Seine Ausführungen gipfelten in Grundsätzen für den Realcredit. Der Redner behandelte dann noch das Thema des vorzeitigen Kündigungsrechts des Gläubigers und fand für seine Ausführungen großen Beifall.

Gauamtsleiter und Landesverbandsführer Böhner-Magold sprach über das Thema Hausbesitz und Handwerk. Er betonte, daß das Handwerk zu 50 Prozent am Hausbesitz beteiligt sei. Die Bedeutung des Hausbesitzes für das Handwerk ersehe man darin, daß in einem Jahr für eine Milliarde Aufträge an das Handwerk überschrieben worden seien. So hat das Handwerk allen Grund, für einen lebensfähigen, gefunden Hausbesitz einzutreten.

Zum Schluß sprach stellv. Gauamtsleiter Schmidt-Stuttgart über das Thema: Wirtschaft im nationalsozialistischen Staat. Er behandelte in seinen Ausführungen vor allem die beiden grundlegenden Forderungen, nämlich Recht auf Arbeit und Pflicht zur Arbeit. Alle haben das Recht auf Arbeit. Wenn dieses Ziel noch nicht erreicht ist, so liegt es in der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung, die von Stufe zu Stufe fortschreitet. Der Redner hob dann die Bedeutung der Arbeitskraft hervor. Der Arbeitsdienst wird in seiner Wirkung für die Wirtschaft erst nach Jahren erkannt werden. Seine Ausführungen gipfelten im Bekenntnis zur Gemeinschaft. Der Landesführer dankte zum Schluß allen Rednern und schloß die Rundgebung mit dem Gedanken an den Führer.

Stuttgart, 27. April. (Todesfall.) Im Alter von 74 Jahren ist Ministerialrat Wilhelm Häfner verstorben. In Crailsheim geboren, hatte er in Tübingen Verwaltungswissenschaft studiert, um dann verschiedene Verwaltungsposten im Lande, so u. a. das Oberamt in Mergenthaler, zu bekleiden. Im Jahre 1924 kam er in das württ. Staatsministerium, wo er im Jahre 1928 Ministerialrat wurde. 1929 ist er in den Ruhestand getreten.

Stuttgart, 27. April. (Unfall.) In Zuffenhausen stießen am Sonntag zwei Motorradfahrer zusammen. Beide Fahrzeuglenker und ein Beifahrer trugen Hauschürzungen davon. Bei dem Zusammenprall wurde eines der Motorräder auf den Gehweg getrieben. Hierdurch wurden eine 33 Jahre alte Fußgängerin und ihr neun Jahre altes Kind in den Straßengraben geschleudert. Die Frau erlitt einen Bruch des rechten Schulterblatts, das Kind einen Unterschenkelbruch.

Tübingen, 27. April. (Akademische Auszeichnung.) Die Universität Edinburgh hat beschlossen, dem Tübinger Professor für systematische Theologie D. Dr. Karl Heim den Ehrendoktor der Theologie zu verleihen. Der Reichswissenschaftsminister hat die Annahme des Titels genehmigt. Professor Heim wird sich Anfang Juli nach Edinburgh begeben, um bei dem feierlichen Akt der Gratulation anwesend zu sein. Professor Heim, dessen Werk „Glauben und Denken“ vor kurzer Zeit in englischer Uebersetzung erschienen ist, darf in dieser Auszeichnung eine ganz besondere Anerkennung seines Wirkens erblicken, da der Ehrendoktor der Theologie von der Universität Edinburgh nur in ganz seltenen Ausnahmefällen verliehen wird.

Schwab. Gmünd, 27. April. (Zusammenstoß.) Am Sonntag erfolgte auf der Strakenkreuzung Ludendorff-Goethestraße ein Zusammenstoß zwischen einem Personkraftwagen aus Waiblingen und einem Kraftwagen aus Herfinghofen, Gemeinde Spraitbach. Durch das starke Bremsen überstieß sich der Personkraftwagen. Der Personkraftwagen war mit vier Personen besetzt, von denen zwei erheblich verletzt wurden.

Geislingen a. St., 27. April. (Münzenfund.) Im nahen Waldhauhen wurden beim Abbruch der alten Scheuer des Bauern Gg. Koch in der Mauer, verwahrt in einem vermoderten Drillsäckchen, 60 schöne große Silbermünzen, fast ausschließlich französischen Ursprungs, gefunden.

Ravensburg, 27. April. (Tödlicher Unfall.) Zwischen Lorfenweiler und Eschach wurde der Zimmermann Johannes Singer aus Groß-Eislingen von hinten durch einen aus Leitnang kommenden Motorradfahrer so scharf angefahren, daß er niederstürzte und auf der Stelle tot war. In Zusammenhang mit diesem tragischen Unfall ereignete sich ein zweites Unglück. Ein aus Ravensburg stammender Radfahrer wollte Hilfe aus Weissenau herbeiholen und fuhr in voller Fahrt in eine Gruppe Spaziergänger hinein. Der Oberpfleger Ziegler von der Heilanstalt Weissenau wurde dabei zu Boden geworfen, daß er eine Gehirnerschütterung erlitt.

Ulm, 27. April. (Tödlicher Unfall.) Am Sonntagabend stießen beim Schießhaus in Neu-Ulm ein Kraftwagen und ein Motorrad mit Beiwagen zusammen. Der Motorradfahrer erlitt dabei sehr schwere Verletzungen, denen er alsbald erlag. Sein Beifahrer erlitt einen leichten Nervenschlag.

Ulm, 27. April. (Brand im Riedhof.) Im Städt. „Ried-Gutshof“ brach am Sonntagabend plötzlich im Stallgebäude Feuer aus. Trotz Einsatzes der Feuerwehr brannte der Dachstuhl des Viehstalles vollständig ab. Es gelang, das Vieh zu retten. Bei den Löscharbeiten erlitt ein Helfer eine Rauchvergiftung.

Heilbronn, 27. April. (Motorradunfall.) Am Sonntag ist auf der Straße Klein-Isfeld ein Motorradfahrer und eine Radfahrerin sehr schwer verunglückt. Die Radfahrerin ging zu Fuß neben einer anderen Radfahrerin her, wobei sie von einem mit ziemlicher Geschwindigkeit überholenden Motorradfahrer angefahren und schwer verletzt wurde. Der Motorradfahrer stürzte und erlitt einen Schädelbruch, der zum sofortigen Tode führte.

Glems O.A. Uraach, 27. April. (Ertrunken.) Am Sonntag nachmittags wurde der 64 Jahre alte Arbeiter Karl Koller von hier im Bach liegend ertrunken aufgefunden.

Das Wetter

Der Reichswetterdienst Stuttgart meldet als voraussichtliche Witterung für Württemberg, Baden und Hohenzollern bis Dienstagabend:

Bei vorwiegend westlichen Winden zunächst meist bedeckt und höchstens leichte Regenschauer, später etwas aufheiternd, im ganzen aber immer noch unbeständig, Temperaturen wenig verändert.

Herausgeber und Verlag: Buchdruckerei und Zeitungsverlag Wildbader Tagblatt, Wildbader Badblatt, Wildbad im Schwarzwald (Inb., Th., Gsch.) Nr. 3. 36. 733. Zur Zeit ist Preisliste Nr. 3 gültig.

Zum 1. Mai

Fertige Fahnen, alle Grössen
Fahnenstoffe
Fahnenstangen
Fahnen spitzen
Sämtliches Zubehör

Vorteilhafte Bezugsquelle — Versand nach auswärts!

Fahnenfabrik

SOMMER

Pforzheim gegenüber Stadttheater

3-Zimmer-Wohnung

mit Zubehör auf Anfang Mai zu vermieten.

Haus Weber, Hojaartenstraße.

Anfängliches, fleißiges

Mädchen

sucht Dauerstellung in Haushalt

sofort oder später.

Auskunft durch die Tagblatt-Geschäftsstelle.

Aushilfs-

Bedienung

gesucht.

Café Bechtle.

Benötigen Sie

Drucksachen

irgend welcher Art

wie: Rechnungen, Briefbogen

Mitteilungen, Postkarten

Rundschreiben, Adress-

karten, Briefumschläge

Zahltagstaschen usw.

dann

bestellen Sie in der

Buchdruckerei

Wildbader Tagblatt